



Kongress

Abenteuer Bildung

Zur Zukunft der politischen Bildung

04. bis 06. November 2004

Heinz Nixdorf MuseumsForum, Paderborn

Abschlussbericht



Kerstin Pettenkofer M.A.

Im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Impressum

Bonn 2005

© Bundeszentrale für politische Bildung
Redaktion und Produktverantwortlicher: Heino Gröf

Veranstalter des Kongresses

Bundeszentrale für politische Bildung,
Bundesausschusses Politische Bildung

Unterstützer

Initiative Zukunft
Hessischer Volkshochschulverband
Türkischer Bund Berlin-Brandenburg
Virtuellen Akademie Potsdam

Die Dokumentation ist erhältlich bei:

Bundeszentrale für politische Bildung
Fachbereich Veranstaltungen
Heino Gröf / Sigyn Nürnberg
Adenauer Allee 86
53113 Bonn
Tel + 49 (0)1888 515 511
Fax +49 (0)1888 515 293
E-Mail: nuernberg@bpb.de

Hinweis:

Für die Richtigkeit der Wiedergabe von Meinungen der Teilnehmenden ist die Autorin der Dokumentation verantwortlich. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autoren und Autorinnen die Verantwortung. Sie stellen keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar.

Inhalt

1. Zielsetzung und Partner

2. Konzeption

3. Die Veranstaltung

3.1. Stillstand oder Bewegung? Politische Bildung auf dem Prüfstand. Thomas Krüger und Wolfgang Beer

3.2. Zukunftsvisionen

Gender Mainstreaming: Prof. Dr. Uta Meier

Unsere Zukunft: ein neues Gesundheitssystem.

Dr. Leo A. Nefiodow

Kontexte erschließen: die Renaissance der Bildung.

Dr. R. Monique Siegel

Plädoyer für philosophische und existentielle Reflexion.

Dr. Christian Hoppe

3.3. Politische Bildung ohne Lobby in der Politik?

Die „Politische Runde“

3.4. Politische Bildung – nicht lobbyfähig?

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

4. Wertschätzende Erkundung, Zukunftswerkstatt und Open Space: Die Bearbeitungsphase

4.1. Zukunftswerkstatt

4.2. Open Space

4.3. Wertschätzende Erkundung

5. Der fremde Blick: Erstwählerpartei und Universalisierung der Bildung

Dr. Tailbe Süzen und Rainer Laux

6. Interactive Voting System (IVS)

7. Online-Begleitung

8. Good Practice: Begleitausstellung

8.1. AKE Bildungswerk Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V.

8.2. Akademie der Katholischen Landjugend (kljb)

8.3. Heimvolkshochschule „Alte Molkerei Frille“

8.4. Jugendhof Vlotho

8.5. Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)

8.6. Thomas-Morus-Akademie

9. Die Ergebnisse

10. Evaluation

11. Anhang

1. Zielsetzung und Partner

Im Januar 2003 vereinbarten Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und Bundesausschuss Politische Bildung/bap die gemeinsame Veranstaltung „Abenteuer Bildung – Zur Zukunft der politischen Bildung“. Hintergrund bildeten zwei Gedanken: zum einen eine seitens des bap ohnehin geplante Fachtagung (rund 50 Personen) zur Zukunft der politischen Bildung, andererseits die für die schulische Bildung soeben diskutierten Ergebnisse der 1. PISA-Studie mit ihren Hinweisen auf fachliche und strukturelle Defizite des Systems Schule in Deutschland.

Im weiteren Verlauf stießen folgende unterstützenden Personen und Institutionen in den Vorbereitungskreis hinzu: der Türkische Bund Berlin-Brandenburg/TBB, der Landesverband der Hessischen Volkshochschulen und die Initiative Zukunft, darüber hinaus Prof. Dr. Olaf-Axel Burow (Kassel) für den Bereich der Veranstaltungsformate.

2. Konzeption

Die Veranstaltung fußte auf vier Säulen: Wissenschaftlicher und politischer Input durch in- und externe Expert/innen, Reflexion, Analyse und Problemlösungen durch die Teilnehmenden, Spiegelung der Relevanz der Lösungen durch externe Expert/innen, Überarbeitung und Kondensierung der Erarbeitungen durch die Teilnehmenden.

Kernthema der Veranstaltung war die Zukunftsfähigkeit der politischen Bildung. Die ursprünglichen Konzeption fokussierte den Kongress auf eine Zeitreise in die Zukunft. Mit Hilfe von Visionären aus unterschiedlichsten Disziplinen sollten unter dem Motto „Visionen 2020“ die zu erwartenden Entwicklungen in ihrem Arbeitsbereich und die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben aufgezeigt werden. In einem Zwischenschritt sollte mit einer Brandrede die Status Quo der politischen Bildung deutlich skizziert werden. Auf Basis der Zukunftsbilder der Visionäre sollten dann im Open Space die politische Bildung auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft und mögliche Lösungen, Ansätze zukünftiger politischer Bildungsarbeit aufgezeigt werden.



Eröffnungsplenum im Heinz Nixdorf MuseumsForum am 4. November 2004

Die Veranstaltung fußte auf vier Säulen: Wissenschaftlicher und politischer Input durch in- und externe Expert/innen, Reflexion, Analyse und Problemlösungen durch die Teilnehmenden, Spiegelung der Relevanz der Lösungen durch externe Expert/innen, Überarbeitung und Kondensierung der Erarbeitungen durch die Teilnehmenden.

Kernthema der Veranstaltung war die Zukunftsfähigkeit der politischen Bildung. Die ursprünglichen Konzeption fokussierte den Kongress auf eine Zeitreise in die Zukunft. Mit Hilfe von Visionären aus unterschiedlichsten Disziplinen sollten unter dem Motto „Visionen 2020“ die zu erwartenden Entwicklungen in ihrem Arbeitsbereich und die Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben aufgezeigt werden. In einem Zwischenschritt sollte mit einer Brandrede die Status Quo der politischen Bildung deutlich skizziert werden. Auf Basis der Zukunftsbilder der Visionäre sollten dann im Open Space die politische Bildung auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft und mögliche Lösungen, Ansätze zukünftiger politischer Bildungsarbeit aufgezeigt werden.

Nach der Ankündigung (Juli 2004) der Schließung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen zum 01. Januar 2005, drohenden massiven Kürzungen im Haushalt der bpb und weiteren bedenklichen Ankündigungen in der Landschaft politischer Bildung, wurde das Konzept an die veränderte Situation angepasst. Neben der Erweiterung des Angebotes um zwei zusätzliche Formate (Wertschätzende Erkundung und Zukunftswerkstatt) wurde eine politische Runde in das Programm integriert. Politische Entscheidungsträger sollten sich zur Zukunft der politischen Bildung positionieren. An diesem Podium nahmen teil: Dieter Grasedieck MdB (SPD), desig. Vorsitzender des Kuratoriums der bpb, Ernst-Reinhard Beck MdB (CDU/CSU), Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der bpb, Dr. h. c. Siegfried Schiele, ehem. Direktor der Landeszentrale für politische

Bildung Baden-Württemberg, Thomas Krüger, Präsident der bpb, Dr. Wolfgang Beer, stellvertretender Vorsitzender des bap.

Auch Professor Oberreuter ging in seiner „Brandrede“ auf die veränderte Situation in der politischen Bildung ein.

Im „Salon“ sollten die Migrationswissenschaftlerin Dr. Talibe Süzen und der Medienprofi Rainer Laux (Endemol Deutschland) „mit dem fremden Blick“ die Ergebnisse beurteilen und die Teilnehmenden beraten, wohin sich die politische Bildung aus ihrer Sicht entwickeln sollte. Abschließend wurden die Ergebnisse des Kongresses vorgestellt.

3. Die Veranstaltung

3.1. Stillstand oder Bewegung? Politische Bildung auf dem Prüfstand

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung und Dr. Wolfgang Beer, Vorstand des Bundesausschusses Politische Bildung

Thomas Krüger, Präsident der bpb, und Dr. Wolfgang Beer, stellvertretender Vorsitzender des bap, eröffneten die Veranstaltung.

Thomas Krüger mahnte bereits in der Eröffnungsrede an, dass die politische Bildung es sich nicht leisten kann, sich im Vertrauen auf die eigenen Stärken zufrieden zurückzulehnen. Stillstand und Zurückhaltung bei Innovationen in der politischen Bildung seien grundsätzlich nicht angebracht – erst recht nicht in den heutigen Zeiten, die geprägt sind von einem erheblichen Veränderungsdruck und Veränderungsnotwendigkeiten in Wirtschaft und Arbeitswelt, in vielen, wenn nicht gar in fast allen Bereichen des Zusammenlebens und natürlich auch in der politischen Bildung – und dies in Zeiten mit dramatischen Haushaltsproblemen der öffentlichen Hände.

In einem zweiten Teil wies er auf notwendige Veränderungen in der politischen Bildung hin, welche die neuste Evaluation zur politischen Erwachsenenbildung von Professor Lothar Böhnisch (TU Dresden)¹ und seinem Team belegt.

In der genannten Studie ist aufgeführt, dass

- die politische Bildung die Themen und Ziele hinsichtlich der bestehenden Nachfrage überprüfen müsse,
- die "Lern-Orte" überdacht; über eine "aufsuchende" politische Bildung nachzudenken sei,
- eine stärkere Verknüpfung von beruflicher und politischer Bildung angestrebt werden müsse,
- die politische Bildung im Kontext der Partizipation eine Plattform zur Erprobung neuer Aufgaben- und Rollenverständnisse werden müsse, und schließlich
- eine Reform der Förderrichtlinien u.a. mit dem Ziel, Netzworkebildungen zu ermöglichen, dringend notwendig sei.

Dr. Wolfgang Beer betonte eine arbeitsteilige politische Bildung. Auf der einen Seite die Angebote der bpb und der Landeszentralen für politische Bildung, auf der anderen die der freien Träger. Die Arbeit der staatlichen Bildung gehe aus von Events und PR-Aktionen. Dazu gehörten auch eine wirksame Internetplattform und zielgruppenbezogene Publikationen sowie thematische Arbeitshilfen und Materialien. Provokation, Mobilisierung, Breiteninformation und Unterstützung der thematischen Fachlichkeit seien die Stichworte der Zukunft staatlicher politischer Bildung. Auf der anderen Seite seien es die freien Träger politischer Bildung, die Formate zur Vertiefung, Reflexion, Werturteilsbildung, zum Dialog und Disput anböten. Beide Aktions- und Wirkungsebenen etwa in der Förderungspolitik gegeneinander auszuspielen sei fatal. Nur in der Ergänzung könne ein Angebot moderner politischer Bildung entwickelt werden, das den Herausforderungen der Zukunft gerecht werde.



Thomas Krüger: „Politische Bildung reformieren.“

¹ Auftragsarbeit für den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.

3.2. Zukunftsvisionen

Zu Beginn der Tagung zeigten vier Wissenschaftler/innen Visionen für das Jahr 2020 auf.

Gender Mainstream: Ein neuer Geschlechtervertrag Prof. Dr. Uta Meier, Familiensoziologin, Gießen

Im Bereich der Gender-Forschung und Familiensoziologie ermöglichte Professorin Dr. Uta Meier (Universität Gießen) einen Ausblick. "Das Private ist politisch" - diesen Slogan der Frauenbewegung aus den 1970er Jahren wandte Uta Meier auf die heutige Situation der Geschlechterverhältnisse an und erweiterte ihn um die ökonomische Dimension des Privaten. Diese Perspektive diente ihr als Ausgangspunkt ihrer Vision einer "Entuniversalisierung des männlich konnotierten Marktes". Die täglich erbrachte Alltagsarbeit von Frauen für Familie, Haushalt, Kinder, (Ehe-) Partner oder pflegebedürftige Familienangehörige bezeichnete die Wissenschaftlerin als basale Voraussetzung für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Berechnungen eines Satellitensystems „Haushaltsproduktion“ ergab, dass sich bei einer wertmäßigen Berücksichtigung der von Frauen geleisteten Haus- und Sorgearbeit eine Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes von mindestens 40 Prozent ergebe. Und doch werde die „weibliche Arbeit des Alltags“ bestenfalls als "Arbeit aus Liebe" deklariert, aber nicht in ihrer fundamentalen versorgungswirtschaftlichen Bedeutung für die Lebensqualität, Vitalität und den Fortbestand der bundesdeutschen Gesellschaft anerkannt. Hier liegen auch die entscheidenden Ursachen für die immer noch reichlich vorhandenen Diskriminierungstatbestände gegenüber Frauen in allen Lebensbereichen.

Bei einer konsequenten Umsetzung des Konzepts von Gender Mainstreaming, das Familien- wie Erwerbsarbeit gleichermaßen als Aufgabe beider Geschlechter betrachtet, mache es schließlich auch nicht länger Sinn, Familien- und Erwerbswelt als völlig getrennte Lebensbereiche zu deklarieren. Vielmehr seien Patchwork- Biografien für Frauen und Männer als attraktive Lebensläufe mit fließenden Übergängen zu ermöglichen, d. h. gesellschaftlich zu flankieren. Meier forderte in diesem Zusammenhang die Rückkehr der Väter in Familie und einen ebenbürtigen Zugang von Frauen auf allen Ebenen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Die Gleichstellung beider Geschlechter und eine Gleichwertigkeit von männlich und weiblich bestimmten Tätigkeitsbereichen und Erfahrungsfeldern setzte die Wissenschaftlerin dafür als unbedingte Notwendigkeit voraus. Dieser Prozess, so betonte Meier weiter, sei auf eine innovative und reflexive politische Bildung geradezu angewiesen. Die Ausgestaltung und Umsetzung eines neuen Geschlechtervertrages dieser Provenienz gehört ihrer Meinung nach zum Kerngeschäft einer zukunfts-fähigen politischen Bildung in Deutschland.

Unsere Zukunft: Weiche Faktoren als Konjunkturpotenzial? Dr. Leo A. Nefiodow, Unternehmens- und Politikberater, St. Augustin

Leo A. Nefiodow, Wissenschaftler, Unternehmens- und Politikberater, sieht Gesundheit und angemessene Lebensführung, soziale Kompetenzen und Empathiefähigkeit in Verbindung mit einer forcierten Entwicklung der Biotechnologie als das wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancenpotenzial für einen nächsten durchschlagenden Konjunkturaufschwung, als Basisinnovation für einen sechsten Kondratieffzyklus.



Leo A. Nefiodow und Uta Meier:
„Gesundheit als Wettbewerbsvorteil.“

Nefiodow, Autor zahlreicher Publikationen, bezieht sich auf Nikolai Dimijewitsch Kondratieff (1892 – 1932) und dessen Theorie der „langen Wellen“. Diese Theorie geht von einer Wirksamkeit und Dauer der Zyklen zwischen 30 und 50 Jahren aus, mit einer jeweils umfassenden Reorganisation der Gesellschaft in allen Bereichen.

Nach Dampfmaschine und Baumwolle, Stahl und Eisenbahn, Elektrotechnik und Chemie, Petrochemie und Automobil, die für Kondratieff die relevanten Basisinnovationen der ersten vier Konjunkturzyklen waren, identifizierte Nefiodow die Informationstechnik und den Computer als prägende Innovationen des fünften – nun ausklingenden – Konjunkturzyklus.

Ausgehend von seiner Theorie der langen Wellen entwarf er für die gegenwärtige „Informationsgesellschaft“ ein Zukunftsbild, in dem der Faktor Gesundheit in den Mittelpunkt rückt: Prävention statt Heilung stehe künftig auf der Agenda des Gesundheitswesens. Auf die körperlich gesetzten Grenzen werde im Arbeitsalltag Rücksicht genommen und die so genannten "weichen Faktoren" (Kooperationsfähigkeit, Einsatzbereitschaft, Kreativität, Angstfreiheit, Treue, Solidarität und Verantwortungsbewusstsein) erhielten Aufwind. Er betonte, dass bereits die Anfangsperiode des sechsten Kondratieffs erreicht wäre. Dieser sei durch die Ausgangsinnovation der Biotechnologie und durch die praktischen Anwendungen der wissenschaftlichen Erkenntnisse im psychosozialen Bereich gekennzeichnet. Ein erneuter umfassender gesellschaftlicher Wandel wäre die Folge, denn – so die wohl provokativste These Nefiodows – die Produktivitätsfortschritte würden sich in Zukunft vor allem aus dem Auf- und Ausbau von ganzheitlich verstandenen Gesundheitskompetenzen ergeben, denn die momentan größte Wachstumsbarriere würden die körperlichen, seelischen, sozialen, ökologischen sowie geistigen Störungen und Erkrankungen darstellen. Nicht mehr das Kapital und der technologische Fortschritt bedingen demnach den zukünftigen Wettbewerbsvorteil, sondern die Gesundheit im ganzheitlichen Sinn.

Kontexte erschließen: die Renaissance der Bildung Dr. R. Monique Siegel, MRS MindRevival Strategies GmbH, Zürich

Im Unterschied zu Nefiodow ordnete die Unternehmensberaterin und Bestsellerautorin Dr. Monique R. Siegel der Gen- und Biotechnologie eine eigene sechste, bereits abgeschlossene Welle zu und stützte



R. Monique Siegel: „Frauen als Gralshüter des Wissens.“

ihre Theorie auf die siebte Welle. Diese siebte Welle werde die Gesellschaft neu entdecken, neu erfinden, neue Wertmaßstäbe setzen und eine Renaissance des Begriffs "Bildung" bewirken. Im Zentrum dieser Entwicklung werde die Erkenntnis stehen, dass die Fähigkeit, mit Wissen umzugehen, die Basis aller Entscheidungen bilde und dass in einer global vernetzten Gesellschaft alle aufeinander angewiesen seien. Die Vermittlung von Wissen sei damit die zentrale Aufgabe der Zukunft. Denn nur Wissen ermögliche es, in der Zukunft einen Kontext zu schaffen, in dem innovative Lösungen für komplexe Probleme gefunden werden könnten. Die notwendige Fähigkeit, mit Wissen umzugehen, setze aber nicht nur voraus, dass Daten und Informationen - zum Beispiel aus dem Internet - abgerufen werden können, sondern in einem Kontext der Allgemeinbildung reflektiert und in einem Netzwerk durch Kommunikation verarbeitet und verbreitet werden könnten. Bildungspolitik werde damit zum Schlüsselfaktor der Wissensgesellschaft. Dies würde zu einer "Renaissance der Renaissance" führen. Die Wissensvermittlung der klassischen Kultur, der Kenntnis der Literatur der Griechen und Römer, usw. würde verbunden werden mit ganzheitlichem Denken. Die Diskussion des alten Wissens werde neue Schöpfungen hervorbringen und einen Aufbruch zu neuen Ufern möglich machen, in dem der Mensch im Mittelpunkt stehe. Denn nur mit der Nutzung des gesamten vergangenen Wissens werde es möglich sein, in Zukunft funktionsfähige innovative Lösungen zu finden, so Dr. Monique Siegel. Das "Hauptinstrument in diesem Wandel werden die Frauen sein", welche die Umsetzung der gefundenen Lösungen vorantreiben werden. Für Zukunftsforscher wie Matthias Horx sei die "Feminisierung der Gesellschaft" der weltweite Megatrend Nummer eins, da "eine Umverteilung der höheren Bildung von den Männern auf die Frauen stattfindet". Dies bedeute, dass die Umsetzung nicht in hierarchischen Denk-Strukturen erfolgen werde, sondern in "Netzwerken von Frauen". Das Potenzial der gut ausgebildeten, belastungserprobten Berufsfrauen, die sich einerseits vermehrt ihrem Kind in den prägenden Jahren widmen wollen, andererseits aber gerne zusätzlich eine anspruchsvolle Aufgabe außerhalb der Familie übernehmen würden, werde nicht ungenutzt bleiben. Für die (politische) Bildung von heute und morgen würden diese Erkenntnisse bedeuten, dass "Wissen das Kapital eines Landes und Denken die Währung ist". Daher sollten "die Gralshüter des Wissens" eine neue gesellschaftliche Wertschätzung erfahren, denn sie seien Menschen, die in der Lage und willens seien, schon bei Kindern die Liebe zum Wissen zu pflanzen

und Denken in Zusammenhängen zu fördern, damit das Sammeln von Wissen zum lustbetonten, lebenslangen Lernerlebnis gestaltet werde. Dazu gehörten nicht nur die Fächer, welche die linke (kognitive) Gehirnhälfte ansprechen, sondern auch Bereiche wie Musik, Literatur, Kunst oder Kommunikation und Vergleichende Religionswissenschaft.

Plädoyer für philosophische und existenzielle Reflexion Dr. Christian Hoppe, Neuropsychologe

Der Neuropsychologe und Theologe Dr. Christian Hoppe (Universität Bonn) ging anschließend auf die Hirnforschung ein. Er erläuterte das Fehlen bestimmter Hirnfunktionen. Über ihre positive Existenz oder ihre Entstehung sei nichts bekannt. Fest stehe, dass Teilstörungen oder teilweiser Ausfall von Hirnfunktionen zu einer entsprechenden Einschränkung des psychischen Erlebens führe. Daraus schließe die Hirnforschung, dass die völlige Abwesenheit der Hirnfunktion auch eine Abwesenheit der psychischen Erscheinungen nach sich ziehe. Damit leugne die Hirnforschung nicht etwa die Existenz einer seelisch-geistigen Dimension, aber nach den verfügbaren Methoden lasse sich diese nicht losgelöst vorstellen. Es verhalte sich wie mit einem Magneten, Magnetismus sei als losgelöstes Phänomen nicht existent, seine Erscheinung existiere nur in Verbindung mit magnetisiertem Metall. Es spreche demnach aus wissenschaftlicher Sicht alles dafür, dass Erleben und Erkenntnis, Seele und Geist offenbar an die Funktion des Hirns gekoppelt sind. Diese Erkenntnis sei insofern von Belang, als sie einer transzendenten Geist/Seele-Vorstellung und einer damit verbundenen religiös motivierten Glaubensdimension eher entgegenstehe. Wenn aber die Hoffnung auf ein Jenseits nach dem Tod schwinde, wie beantworte eine Gesellschaft diese Kernfrage ihrer kulturellen Existenz neu? Und wie gehe sie mit Gesellschaften um, die mit stärker religiös begründeten Vorstellungen und Konventionen lebt? Hoppes gesellschaftliche Visionen betreffen nicht die wünschenswerten medizinischen Fortschritte auf dem Gebiet der klinischen Hirnforschung, sondern die Renaissance einer Konzentration darauf, sich philosophische und existenzielle Fragen zu stellen und das eigentlich Wundersame unserer Existenz, das Erleben in der Gegenwart, wieder wahrzunehmen.



Christian Hoppe: „Kein Jenseits nach dem Tod?“

3.3. Politische Bildung ohne Lobby in der Politik?

Dr. Wolfgang Beer (bap), Ernst-Reinhard Beck MdB (CDU), Dieter Grasedieck MdB (SPD), Thomas Krüger (bpb) und Siegfried Schiele (Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg a.D.) debattieren in der „Politischen Runde“

Die Schließung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen, aktuelle Haushaltskürzungen sowie einige personelle Entscheidungen im Bereich der Landeszentralen für politische Bildung stellen die politische Bildung vor einschneidende Herausforderungen, die auch ihre Zukunftsfähigkeit unmittelbar berühren. Vertreter des Kuratoriums der bpb und der Landeszentralen sowie die Leistung der bpb und der Bundesvorstand des bap nahmen deshalb zu diesen Entwicklungen in der „Politischen Runde“ Stellung. Bedauerlicherweise konnte keiner der Berichterstatter des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gewonnen werden, ebenso wenig war ein Vertreter des Bundesminister des Innern anwesend.

Die Kürzungen der Mittel der bpb in Höhe von rund zwei Millionen Euro im Haushaltsplan 2005 werden auf die freien Träger umgelegt. Dies hatte Thomas Krüger bereits Ende Oktober am Runden Tisch offenbart. Eine solche Umlegung der Haushaltskürzungen in 2005 würde für den Trägerbereich – wie Wolfgang Beer ausführte – eine Kürzung von ca. 22 Prozent bedeuten, mit der Folge, dass einzelne Träger in Ost- und Westdeutschland vor der Insolvenz stünden. Mögliche weitere Kürzungen in den Folgejahren würde die Trägerförderung insgesamt obsolet werden lassen. Ohne eine funktionsfähige und innovative Trägerlandschaft würde absehbar die Profession politische Bildung insgesamt infrage gestellt. In der Diskussion teilten Ernst Reinhard Beck und Siegfried Schiele explizit die Auffassung, dass eine ausschließliche Kürzung im Trägerbereich nicht zu verantworten sei. Es wurde ferner deutlich, dass zwar die Kürzung auf den Titel der Förderung bezogen ist, aber die bpb die Möglichkeit hat, im Zuge ihrer Haushaltsflexibilisierung die Träger zu entlasten und, so Wolfgang Beer, damit zu einem verantwortbaren und gemeinsamen Umgang mit unvermeidbaren Kürzungen zu gelangen.

Über die Notwendigkeit politischer Bildung waren sich alle Mitglieder des Plenums einig: "Man wird nicht als Demokrat geboren, man muss zum Demokrat erzogen werden." Aber die Sparmaßnahmen treffen nun einmal auch die politische Bildung. Ernst Reinhard Beck MdB, Stv. Vorsitzender des Kuratoriums der bpb, stellte die Frage, wie angesichts finanzieller Einschnitte die im europäischen Vergleich einzigartige deutsche Vielfalt der politischen Bildung am Leben erhalten werden könne. Dieter Grasedieck MdB, desig. Vorsitzender des Kuratoriums der bpb, erinnerte die politischen Bildner und Bildnerinnen daran, dass sie außerhalb des engen „Clans“ in der Politik keine wirklichen Verbündeten hätten. Sie müssten bessere, effiziente Lobbyarbeit leisten und sich überzeugender präsentieren. Eine personalisierende, simplifizierende Diskussion in der politischen Praxis wirke dabei eher abschreckend auf die Adressaten der politischen Bildung. Siegfried Schiele fügte an, die Probleme der Institutionen politischer Bildung als Vermittlungsagenturen zwischen Politik und Bevölkerung seien schwieriger als je zuvor. Um neue, zusätzliche Adressaten zu gewinnen, sei es notwendig, sich nicht nur auf die bereits für politische Bildung Interessierten zu beziehen, sondern besonders die "Bildungsresistenten" ins Blickfeld zu nehmen, so Thomas Krüger.

Schiele forderte in diesem Kontext eine "Elementarisierung" der Vermittlung, die sich in Sprache und Methodik der jeweiligen Zielgruppe anpassen müsse. Ebenso sei es besonders wichtig, schloss sich Krüger an, gegenwärtige und zukünftige Fragestellungen stärker zu thematisieren. Dabei darf jedoch die bisherige Thematik der Vergangenheitsbewältigung, welche die Ausgangslage für die politische Bildungsarbeit in Deutschland darstellte, nicht außer Acht gelassen werden. Einen zukünftigen Themenkomplex und damit die zentrale "Legitimationsfolie" der politischen Bildung stelle dabei, so Krüger, das "große Projekt" Europa dar. Dies impliziere eine Erneuerung der Angebote von Seiten der politischen Bildung. Europäische Kooperationen seien dabei äußerst wichtig. Um langfristige politische Bildung zu gewährleisten, sei ein Zusammenschluss der einzelnen Bildungsträger mit den parteinahen Stiftungen sowie den Landeszentralen und der bpb von Nöten mit dem Ziel, sich auf politischer Ebene Gehör zu verschaffen. Es brauche eine interne, offene und selbstkritische Diskussion über mögliche neue Impulse, um weiterhin glaubwürdig zu bleiben und sich gesellschaftlich und politisch zu legitimieren. In einem abschließenden Appell forderte Krüger zu einer kontinuierlichen Qualitätskontrolle in der politischen Bildung auf und mahnte das teilweise nicht zeitgemäße Marketing der politischen Bildung an. Denn, so erinnerte Beck, der Ruf der politischen Bildung in der Bundes – wie Landespolitik sei ressortübergreifend alles andere als gut. Hier gelte es einiges nachzuholen. So müsse sich die politische Bildung nach außen über unterschiedliche Marketingstrategien wie Kampagnen, Webauftritte etc. besser verkaufen und das „verstaubte“ Image ablegen. Es sei an der Zeit, so Thomas Krüger, das Image der politischen Bildung insgesamt auch öffentlich aufzuwerten. Dazu bedürfe es gezielter Anstrengungen mit Hilfe von Verfahren, die sich bewährt haben (Corporate Identity, Qualitätsentwicklung, Qualifizierung des Personals).

3.4. Politische Bildung nicht lobbyfähig? Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Direktor der Akademie für politische Bildung Tutzing

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Direktor der Akademie für politische Bildung Tutzing, hatte sich bereit erklärt, eine Brandrede zu halten, die zur notwendigen Reform der politischen Bildung aufzurütteln sollte.

In dieser Absicht schnitt Oberreuter schlagwortartig Themen aus Politik und Zeitgeschichte heraus. So gönnte er der "Politik die Vorurteile, die ihr entgegengebracht werden", denn "Vorbehalte gegen die Politik" müssen von den Politikern abgebaut werden – und zwar auch in der Schule. Doch weil "die Politiker den Schülerinnen und Schülern Politik in der Schule vorenthalten, sägen sie an ihrem eigenen Ast". Dies führe zu einem Rückschritt beim Demokratieverständnis, und Umfragen zeigten heute schon sehr deutlich, "dass die Einstellung zur Demokratie in weiten Teilen von der empfundenen geschäftlichen Lage abhängt".



Heinrich Oberreuter: „Einstellung der Bürger zur Demokratie von ihrer wirtschaftlichen Lage abhängig.“

Doch nicht nur die Politik und Politiker erfuhren Kritik. Oberreuter ging weiter und stellte die offene Frage an die derzeitigen Träger der politischen Bildung Deutschlands: "Wieso gelingt es Rechtsextremen in Brandenburg, Jugendlichen Nestwärme und Vertrauen zu geben, uns aber gelingt dasselbe ganz offensichtlich nicht?" Allein diese Tatsache zeige, dass die Aufgaben der politischen

Bildung nicht entfallen seien. Doch die politische Bildung bzw. die Träger der politischen Bildung selbst scheinen "nicht lobbyfähig zu sein" für das eigene Anliegen, eine Mehrheit zu finden, um dann die Aufgaben angehen zu können.

Dies zeige sich in der Schließung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen. Noch mehr, die Schließung habe keinen "Sturm der Entrüstung" ausgelöst: "Warum?" Im Bereich der politischen Bildung werde die "Zivilcourage professionell auf der Zungenspitze getragen", aber wenn es darum gehe, für das eigene Anliegen da zu sein, werde Zivilcourage vergessen.

Oberreuter sieht Aufgaben für die politische Bildung auch und vor allem in Zeiten der Globalisierung, denn die Probleme stellen sich schärfer. Fragen wie: "Werden Demokratie und Rechtsstaat, da an den nationalen Staat gebunden, in Zeiten der Globalisierung noch eine Rolle spielen?", müssten gestellt und beantwortet werden.

Politische Bildung solle vor diesen anstehenden drängenden Fragen nicht kapitulieren, sondern aktiv einen Gestaltungsspielraum einfordern. Doch was ist in Zukunft erforderlich? Wie soll dieser Gestaltungsspielraum aussehen? Sicher sei, dass jeder Bürger ist. Die Frage ist, ob der Bürger auch staatsbürgerlich qualifiziert sein muss und wie dies geschehen soll. Ein Teil dieser Frage "beantwortet die Schule mit ihren beschämenden Unterrichtszeiten".²

4. Wertschätzende Erkundung, Zukunftswerkstatt und Open Space: Die Bearbeitungsphase. Einführung durch Prof. Dr. Olaf-Axel Burow, Kreativitätspädagoge, Kassel

Die rund 230 Teilnehmenden – Repräsentanten der schulischen und außerschulischen politischen Bildung, der Wissenschaften, Medien und Kultur – konnten sich zwischen drei Veranstaltungsformaten entscheiden: Open Space, Wertschätzende Erkundung und Zukunftswerkstatt.

„Wer immer kommt, es sind die richtigen Leute. Welche Überraschung auch immer geschieht, sie ist okay. Es beginnt, wenn es beginnt; wenn es vorbei ist, ist es vorbei.“ Dies sind wesentliche Regeln des Open Space. Den Rest bestimmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Nach dem ersten Kongresstag, der von Vorträgen und Plenumsdiskussionen bestimmt war, waren am zweiten Tag die Teilnehmenden selbst gefragt, über die Zukunft der politischen Bildung zu diskutieren, Visionen zu entwickeln und eventuell konkrete Projektideen zu kreieren.

Die von Harrison Owen entwickelte Open-Space-Technology beruht auf der Annahme, dass im Feld der Teilnehmenden selbst genug Wissen und Kreativität vorhanden ist und lediglich einen offenen Raum der Diskussion verlangt. Alles, was bislang in klassischen Kongressformaten in den Gesprächen der Kaffeepausen diskutiert wurde, findet nun seinen repräsentativen Platz als fester Bestandteil der Veranstaltung.



Olaf-Axel Burow: „Sie sind selbst Experte des eigenen Wandels.“

"Sie sind selbst Experten des eigenen Wandels. Werden Sie zum Kristallisationspunkt, wo sich Interessen und Leidenschaften bündeln können, bringen Sie Ihre eigenen Ideen ein oder schließen Sie sich den Ideen anderer an", ermunterte Olaf-Axel Burow, Professor für allgemeine Pädagogik an der Universität Kassel und Moderator dieses Angebotes die Teilnehmenden auf. Etwa 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind dieser Einladung gefolgt.

Günstige Rahmenbedingungen für eine gelungene Kommunikation schaffen – das ist das Ziel beim Einsatz der Methode "Open-Space". Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist die Themenwahl freigestellt, sie selbst schlagen Themen in einer Art "Marktplatz" vor, zu denen sich dann Gruppen bilden.

² Die vollständige Rede von Professor Oberreuter ist unter www.bpb.de/Veranstaltungen downloadbar.

Die auf Robert Jungk zurückgehende Zukunftswerkstatt ist ein dreiphasiges Modell zur Analyse bestehender Problemlagen, zur Entwicklung von neuartigen Zukunftsvorstellungen und Visionen sowie von konkreten Umsetzungsplänen. Das Ziel ist es, Zukunftsbilder einer wünschenswerten politischen Bildung im Jahr 2020 zu entwerfen und zu präsentieren. Die Moderation oblag Bettina S. Pauli (Kassel).

Einen ersten Zugang und ein Öffnen für Visionen sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ihr eigenes, ganz persönlich prägendes Erlebnis im Zusammenhang mit politischer Bildung finden.

In der sich anschließenden Kritikphase gaben Achtungszeichen und Regeln vor, wie Kritikwürdiges an der politischen Bildung vorgetragen wird. Kritik sollte kurz gefasst werden, verbunden mit einem konkreten Themenbezug und der Bitte zu visualisieren. Mit Hilfe von Bildern, die persönliche Befindlichkeiten darstellten, fanden sich fünf Gruppen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten. In diesen Gruppen wurde konkretisiert, was aus Sicht der Gruppe in der aktuellen politischen Bildung schlecht läuft.

Beim Eintritt in die dritte Phase – die Phantasiephase – sollten neue, zusammenhängende Utopien entstehen unter dem Motto "Wie sieht die wünschenswerte, phantastische politische Bildung im Jahr 2020 aus?" Rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen dieses Angebot wahr.

Die Methode der wertschätzenden Erkundung ("Appreciative Inquiry") – moderiert durch Dr. Heinz Hinz (Frankfurt am Main) - geht davon aus, dass eine Gruppe über notwendiges Wissen, Visionen und Erfahrungen selbst verfügt, Innovation zu initiieren und Konzepte zu deren Umsetzung zu erfinden.

Zwei wichtige Grundannahmen lagen der Arbeit dieser Gruppe zugrunde:

1. In jeder Gesellschaft, Organisation oder Gruppe gibt es etwas, was funktioniert.
2. Menschen haben mehr Vertrauen, in die Zukunft (das Unbekannte) zu gehen, wenn sie Teile der Vergangenheit (das Bekannte) mitnehmen können.

In vier Phasen (4-D-Zyklus) geht die Methode vor: Discovery, Dream, Design und Destiny.

Discovery – Entdecken und Verstehen

Die Gruppe beginnt damit, in der Vergangenheit Positives zu erkunden. Sie nimmt dabei den uralten Impuls der Menschen auf, Geschichten zu erzählen. In Form von Interviews werden Erfolgsgeschichten gesammelt, um ihren lehrhaften Kern freizulegen.

Dream – Visionen

In dieser Phase wird die Bedeutung der Erfolgsgeschichten skizziert und in Präsentationen erfahrbar gemacht, welche Potenziale diese Erfolgsgeschichten für die Gruppe haben könnten.

Design – Gestalten

Die Design-Phase hat für die Gruppe die Aufgabe, aus den vielen Möglichkeiten einige besonders zukunftsrelevante auszuwählen, die weiterbearbeitet und gestaltet werden sollten.

Destiny – Umsetzen, Erneuern

Die letzte Phase sucht nach konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der ausgearbeiteten Konzepte und plant bereits erste Zuständigkeiten, Zeit und Ressourcen. Rund 80 Teilnehmende beteiligten sich an diesem Angebot.

4.1 Zukunftswerkstatt

In der Kritikphase der Zukunftswerkstatt wurde die fehlende interkulturelle Kompetenz der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, die zeitliche Enge im Bereich der schulischen politischen Bildung, der Prüfungsdruck sowie die grundsätzliche Angst vor Neuem, Neid und mangelnde Kommunikation untereinander aufgegriffen.

In der Visionsphase wurde das Leben 2020 als eine „Versöhnung“ zwischen Kulturen und Geschlechtern, als "ein intaktes Gemeinwesen im Sozialraum", ein Leben mit Unterschieden“ sowie eine multikulturelle sowie gender-gerechte gesellschaftliche Kooperation dargestellt.



Es gebe einen Raum, in dem soziale Netze funktionieren, die Menschen bringen sich produktiv in das Gemeinwesen ein, es gebe kommunales Leben, ein gutes Grundgefühl existiert. Politische Bildung ist ein selbstverständlicher Teil des Alltags, in dem die interkulturelle Verständigung zwischen Männern und Frauen funktioniert. Für über das Alltägliche hinausgehende Fragen gibt es einen Ort, an dem alle Fragen besprochen und die Probleme gelöst werden können.

Teilnehmende der
Zukunftswerkstatt

4.2 Open Space

Die Inhalte des ersten Blocks im Open Space wiesen eine große Bandbreite auf (siehe Liste AG's Open Space im Anhang). Insgesamt gab es neun Arbeitsgruppen à zwei bis fünfzehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern, welche sich mit Themen vom Internet-Einfluss auf die politische Bildung, die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten als Adressaten der politischen Bildung bis hin zu allgemeinen Themen wie Zivilcourage, Wertewandel sowie dem Verhältnis von Politik und Religion beschäftigten.



Teilnehmende des Open Space

Die Frage der Partizipation junger Migrantinnen und Migranten wurde in einer Gruppe von vierzehn Teilnehmenden hauptsächlich aus lehrenden Berufen und interkulturellen Projekten kontrovers diskutiert. Inwiefern kann man Jugendliche mit Migrationshintergrund dazu aufrufen, sich politisch zu beteiligen, wenn die nötigen Grundvoraussetzungen wie etwa die deutsche Staatsangehörigkeit fehlen? Spiegeln sich die Umwälzungen in der Migrationspolitik der letzten Jahre – die Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts oder das Grundverständnis Deutschlands als Einwanderungsland – in der Bildungsarbeit mit jungen Migranten und Migrantinnen wider? Und welche Rolle spielt die politische Bildung dabei?

Eine ausschlaggebende Voraussetzung für eine gemeinsame politische Bildung sei die Überwindung sprachlicher Barrieren. Ein Grund für die verbreitete Zurückhaltung in der migrantischen politischen Partizipation sei die Tatsache, dass sich viele Migrantinnen und Migranten in der politischen Diskussion sprachlich überfordert und deshalb in der Debatte nicht zugehörig fühlen. Erfolgreiche Projekte verwendeten deshalb zunächst die türkische Sprache, um mit Migrantinnen und Migranten über deren Rechte und Einstellungen zu diskutieren.

Auch eine Reformierung von Selbst- und Fremdbewusstsein der deutschen Mehrheitsgesellschaft befand die Gruppe als Herausforderung für zukünftige politische Bildungsangebote. Das Bewusstsein, dass nicht allein Vorurteile und Klischees gegenüber der migrantischen Bevölkerung gehegt werden, sondern ebenso unter sich, gehörte als gewichtiger Bestandteil dazu.



Auch die strukturellen Rahmenbedingungen, denen sich politische Bildung stellen muss, wurden in den Arbeitsgruppen reflektiert. Dabei wurde fehlendes Grundvertrauen in die politische Bildungsarbeit der Träger kritisiert. Des Weiteren müsse man weg von der Dominanz der Verwaltung hin zur Gestaltung. Die hohen Kosten für den bürokratischen Aufwand stünden in keinem Verhältnis zum Gesamthaushalt der freien Träger. Der

Förderungskatalog sei nicht mit der Realität der geforderten Teilnehmerakquisition kompatibel und lasse zu wenig Freiraum für eine zielgruppenorientierte Veranstaltungsplanung der Träger.

Immer wieder betont wurden die Potenziale von Kooperationen. Als Stichwort wurde hier in einer Arbeitsgruppe die "Vernetzungskultur der Veränderer" genannt. Nur durch den gegenseitigen Informationsaustausch und die Zusammenarbeit sei eine Orientierung und auch Modernisierung in einer komplexen Welt möglich. Engere Kooperationen zwischen außerschulischer und schulischer Bildung schlug eine andere Arbeitsgruppe als Beispiel vor.

Insgesamt wurde die Methode "Open Space" sehr positiv von den Teilnehmenden angenommen. Bei einer abschließenden Blitzlichtumfrage wurde besonders die große Freiheit der Methode befürwortet, durch die intensive Diskussionen, konstruktive Streitgespräche und ein gegenseitiger Austausch möglich waren.

4.3 Wertschätzende Erkundung

In drei Präsentationen stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die vorläufigen Ergebnisse ihrer Erkundungen aus der DreamPhase vor. Hierbei spielte das „Planen und Lernen auf Augenhöhe“ ebenso eine Rolle wie die Neugierde des Individuums als Ausgangspunkt von Bildungsprozessen und Authentizität als Schlüsselbegriff bildungsbezogener Visionen.

5. Der fremde Blick: Eine Erstwählerpartei und die Universalisierung der Bildung Dr. Talibe Süzen, Dozentin für interkulturelle Bildung, Bonn und Rainer Laux, Delegated Producer Endemol Deutschland GmbH, Köln

Die vorläufigen Resultate des Kongresses wurden von den Veranstaltern zum Anlass einer kritischen externen Betrachtung genommen. Persönlichkeiten aus fachfremden Disziplinen, gleichwohl aus Berufen mit hoher Publikumsnähe, sollten beurteilen, inwieweit die politische Bildung Zielgruppen erreicht und sich in einer gesellschaftlich relevanten Weise darstellt. So diskutierten am Morgen des letzten Kongresstages Dr. Talibe Süzen und Rainer Laux, über die Zukunft der politischen Bildung aus ihren speziellen Perspektiven.

Dr. Süzen ist seit 1992 in der interkulturellen Sozialarbeit tätig. Sie betrachtete die Ergebnisse der Tagung vor dem Hintergrund der politischen Realität Deutschlands als Einwanderungsland. Diese Entwicklung wird nach Dr. Süzen weder in der Bevölkerung noch in der Politik wahrgenommen, was sich allgemein in der politischen Bildung, aber auch konkret auf diesem Kongress zeige.

Aufgrund migrationsspezifischer Sozialisationsverläufe seien die Bildungschancen und damit die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe Jugendlicher mit Migrationshintergrund häufig gering; beispielsweise würden Mehrsprachigkeit, bikulturelle Prägungen etc.

in der Schule nicht als Ressource anerkannt. Dies widerspreche dem Konzept der interkulturellen Bildung, welches die Anerkennung von Differenzen als Grundvoraussetzung sehe. Dr. Süzen führte aus, Bildung sei ein Prozess, der über die Schule hinausreicht und Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen ist - die politische Bildung eingeschlossen. Dieser Wandel zu einer Universalisierung des Bildungsbegriffs bedeute, interkulturelle Bildung als neue Allgemeinbildung zu verstehen.

Grundlegende Voraussetzung für die Platzierung politischer Bildung im interkulturellen Kontext seien generelle Partizipationschancen von Migrantinnen und Migranten. Übergeordnetes Ziel müsse der Abbau des verbreiteten Mangels an allgemeiner und staatsbürgerschaftlicher Bildung sein. Langfristig werde dies eine deutliche Qualifizierung der Bürgerrollen und damit die Identifikation mit dem deutschen Staats- und Gesellschaftssystem zur Folge haben. Politische Bildung könne, so Talibe Süzen, demnach nur über Integration, welche die Heterogenität aller Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund einschließt, stattfinden. Abschließend kritisierte Dr. Süzen den geringen Stellenwert, den das Thema Migration in den letzten beiden Tagen aus ihrer Sicht eingenommen habe, obwohl 9,3 Prozent der Teilnehmenden einen Migrationshintergrund aufzuweisen hätten. Dies spiegele ihrer Ansicht nach die zu geringe Sensibilisierung für das Thema in der Gesellschaft wie in der politischen Bildungsarbeit exakt wider.

In einer anschließenden Arbeitsgruppe zum Thema wurde diese Einschätzung von politischen Bildnerinnen und Bildnern aus der Praxis mit Migrantinnen und Migranten bestätigt. Möglichkeiten effektiver Erreichbarkeit bildungsferner Schichten und die Überwindung sprachlicher Barrieren



Rainer Laux, Mechthild Merfeld (bap),
Talibe Süzen: „Gibt es überhaupt noch
Ansprüche an die Politik?“

standen dabei im Mittelpunkt der Diskussion. Bei allen Problemen mit Differenzen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Zugewanderten wurden jedoch die gemeinsamen Werte als verbindendes Glied herausgestellt.

„Welche Ansprüche gibt es heute an die Politik? Gibt es überhaupt noch Ansprüche? Und wer formuliert eigentlich Ideen für ein künftiges Leben? Wie soll das genau aussehen? Sind die neuen Generationen eigentlich dafür ausgebildet worden, um Ansprüche zu formulieren, oder hat man ihnen nur beigebracht, dass Müll sortieren ausreicht?“ Mit diesen Fragen begann Rainer Laux und schloss mit der Frage: „Was will eigentlich die politische Bildung?“

Er stellte fest: „Klar ist lediglich, man befindet sich in der Defensive. Daraus folgt: kein Geld, keine Resonanz, keine Impulse. Politik in der Krise = politische Bildung in der Krise“ Das Problem sei vor allem, dass dort, wo Großpolitik drauf stehe, der junge Zuschauer, obwohl die Sendung auf "seinem" Sender ausgestrahlt wird, eher abschaltet. Politik müsse eingesetzt werden wie Product Placement.

„Endemol beschäftigt sich mit der Idee, eine Erstwählerpartei zu casten.“

Mit dieser Bemerkung löste der Medienexperte Laux schockartig einen Gedankensturm im Publikum aus. Die Gründung und Entwicklung einer Erstwählerpartei solle medienwirksam begleitet werden. Laux ist sich sicher, dass eine solche Partei reelle Chancen auf den Einzug in den Bundestag hat. Das Kernteam der Partei werde gecastet („gutaussehend, intelligent, kommunikativ“) und systematisch aufgebaut.

6. Interactive Voting System (IVS)

Nach den Vorträgen der Visionäre und vor bzw. nach dem Salon wurde das IVS, ein seminar-interner TED, eingesetzt. Der Einsatz hat sich gelohnt, insbesondere hinsichtlich der Erfassung von Daten der Teilnehmenden und der Rückspiegelung von Migrationshintergründen. Problematisch war der Einsatz dieses Tools während der Kommunikation mit den Expert/innen. Da es der allererste Einsatz für die Veranstalter überhaupt war, gelang das Zusammenspiel zwischen Referierenden, Moderator/innen und Publikum bei der situativen Erstellung von Thesen und Antworten noch nicht optimal. Hier ist eine noch bessere Vorbereitung und Abstimmung erforderlich.



Das Interactive Voting System: Ergebnisscreen

7. Online Begleitung

Der Kongress wurde online begleitet. Im Vorfeld wurden Thesen der Expert/innen, Dokumente aus der politischen Bildung, Meinungen von Teilnehmenden und sonstige Materialien auf der Website der bpb unter www.bpb.de/abenteuer-bildung eingestellt. Während der Konferenz begleitete ein fünfköpfiges Team die Veranstaltung und verfasste täglich live Berichte zu einzelnen Debatten, Panellisten und Stimmungsbildern aus dem Publikum (näheres siehe Anhang: Bericht Online Redaktion).

Zusätzlich zum Internetangebot der bpb hat die Virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung das Zukunftsforum Web-Demokratie unter www.virtuelle-akademie-fnst.org angeboten. Vor der Konferenz hatten Interessierte die Möglichkeit, mit Expert/innen einige Themen zu diskutieren. Leitfragen waren:

- Wie sehen politische und gesellschaftliche Visionen für 2020 aus?
- Wie wird sich Politik unter dem wachsenden Einfluss der Informationstechnologie verändern? Was müssen politisch und gesellschaftlich verantwortlich handelnde Personen und Gruppen tun, damit die digitale Medien- und Informationsgesellschaft eine Gesellschaft in freiheitlicher Demokratie ist?

- Welche Chancen bietet das Internet für die Bürgerbeteiligung an politischer Willensbildung, politischer Akzeptanz und politischen Entscheidungsprozessen?
- Welche politischen, sozialen und pädagogischen Aufgaben haben Bildungsträger, insbesondere die politische Bildung, angesichts der Dominanz digitaler Medien in einer Informations- und Wissensgesellschaft zu bewältigen?

Prof. Dr. Dieter Otten, Leiter der Forschungsgruppe Wahlen, sprach über die politischen Implikationen elektronischer Wahlverfahren (iVoting). Prof. Dr. Peter A. Henning, Leiter des MediaLab an der Fachhochschule Karlsruhe referierte über soziale Kommunikation, Medienkompetenz und Ethik in einer der freiheitlichen Demokratie verpflichteten Informationsgesellschaft. Prof. Dr. Wilfried Henning Leiter des Instituts für Bildung in der Informationsgesellschaft äußerte sich zu den Umwälzungen in der Pädagogik und den Möglichkeiten, das „digital divide“ abzuwenden. Folgende Diskussionsergebnisse beförderte das Forum:

Die Informationsgesellschaft im Jahre 2020 ist in ihren Grundzügen bereits sichtbar. In der Politik werden wir mehr direkt-demokratische und präsidiale Elemente bekommen; gesellschaftliches Handeln wird kommunikatives und Handeln auf Grund von Zugang zu Informationen sein, das eine Ethik der Informationsgesellschaft in Freiheit und Demokratie zwingend fordert. Schule, Bildung und Erziehung werden die Fähigkeit der Lernenden zur Persönlichkeitsbildung (neben der beruflichen Bildung) in den Vordergrund stellen müssen. Auf allen drei Arbeitsfeldern wird die politische Bildung in Zukunft große Anstrengungen unternehmen müssen, damit der Gebrauch der digitalen Medien die Kräfte von Freiheit, Recht und Demokratie nicht unterläuft, sondern stärkt – was nicht per se vorausgesetzt werden kann.

Im Anschluss an die Konferenz wurde das Projekt verlängert und bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, an einem Brainstorming für eine Konferenz zum Thema „Politische Bildung und Internet“ teilzunehmen. Die Idee für diese Konferenz und das erweiterte Angebot der Virtuellen Akademie entstanden während der Tagung „Abenteuer Bildung“. Die Feststellung markanter Defizite in diesem Bereich hat die Initiatoren zu diesem Schritt bewogen.

Das offene Brainstorming als Vorbereitung einer Konferenz ist ein neues, innovatives und vor allem partizipatives Element in der politischen Bildungsarbeit. Die Diskussionen über die Themenschwerpunkte des „Kongresses 2005 - Die Zukunft von Demokratie, Regierung und öffentlicher Verwaltung im Zeitalter des Internets“ befördert bisher vier große Themengebiete, die dem Kongress ein tragfähiges Fundament geben könnten.

1. Digitale Medien: eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln? Wie (digitale) Medien Politik konstituieren.
2. Open-Source und bürgerliche Autonomie: was kann von den OS-Communities für die politische Zusammenarbeit, für politische Beteiligungsformen und Entscheidungsprozesse der Bürger/innen gelernt werden? (potentielle Handlungsempfehlungen)
3. „Digital Divide“: Gefährdungen für eine demokratische Informationsgesellschaft.
4. Wie Informationsfreiheit für Effizienz, Transparenz und Kontrolle der öffentlichen Verwaltung sorgen kann.

Zusätzlich ist ein Wettbewerb „Virtuelle Partizipationsformen für Bürger/innen in den Kommunen. Wer macht's am Besten?“ angeregt worden.

Neben der online-Begleitung durch die Virtuelle Akademie hat auch die Initiative Zukunft ein online-Angebot im Rahmen der Konferenz zur Verfügung gestellt. Die Initiative Zukunft hatte das Anliegen, die weitere Arbeit an der Umsetzung von Ideen, Projekten, Themen zu unterstützen und zu begleiten. Über eine Deutschlandkarte hat die Initiative Zukunft eine Vernetzung der Teilnehmenden und deren Themen im Internet angeboten. In diese Karte können Interessierte ihr Thema und ihre Kontaktdaten eintragen. Jeder Eintrag wird als Punkt auf der Karte sichtbar. Einige der Themen sollten aufgegriffen werden und seitens der Initiative inhaltlich, methodisch und prozessual begleitet werden. So kann ein Beitrag zur praktischen Weiterentwicklung der politischen Erwachsenenbildung geleistet werden. Dieses Angebot wurde leider nicht wahrgenommen, was hauptsächlich an der geringen Werbung und Information zu diesem Angebot gelegen hat.

8. Good Practice Ausstellung

Im Rahmen der Veranstaltung wurden im Foyer des Heinz Nixdorf MuseumsForum Projekte vorgestellt, die vielversprechende Ansätze einer zukunftsorientierten politischen Bildung in Deutschland aufzeigen. Die aus Videosequenzen, Postern, Karten und Flyern bestehende Ausstellung war das Ergebnis einer Ausschreibung der Veranstalter und der Sichtung durch eine interne Jury. Die Projekte wurden nach Kriterien der Darstellungsmöglichkeiten und ihrer Zukunftsfähigkeit ausgewählt. Nachstehend eine Kurzdarstellung der Projekte in alphabetischer Reihenfolge.

8.1 AKE-Bildungswerk Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V.

Als Projektträger veranstaltet das AKE gemeinsam mit drei weiteren Projektbeteiligten, dem Jugendhof Vlotho, dem Umweltzentrum Heerser Mühle und dem Netzwerk Ostwestfalen-Lippe für Regionale Agenda (NORA), Projekte im Bereich des interkulturellen Lernens. Die thematischen Schwerpunkte liegen hier auf den Bereichen: interkulturelles Lernen, entwicklungspolitische Bildung, Umweltbildung und Geschlechtergerechtigkeit.

Die Umsetzung erfolgt in schulischen Workshops, Unterrichtsmodulen, Seminaren für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen und in Projektarbeit an neuen Lernorten. Die Adressaten sind Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, Vertreterinnen und Vertreter der außerschulischen Bildungsarbeit sowie Pädagoginnen und Pädagogen, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Jugendinitiativen. Ziel ist es, handlungsorientiertes gesellschaftliches und politisches Engagement im Rahmen des Begriffs des "Globalen Lernens" mit Spaß bei den Teilnehmenden zu fördern.
www.ake-bildungswerk.de.

8.2 Akademie der Katholischen Landjugend (kljb)

Ebenfalls aus der kirchlichen Bildungsarbeit ist diese Institution zu nennen, die mit dem Trägerverein für politische Bildung und Ökologie e.V. kooperiert. Sie widmet sich mit Seminaren und Workshops den sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen im ländlichen Raum. Dabei geht es um Zukunftsgestaltung wie beispielsweise Dorfanalysen oder um Fragen zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Mit Fortbildungsprogrammen bindet die kljb engagierte Ehrenamtliche, Verbandsmitglieder und Interessierte ein und setzt damit ein Zeichen zur Stärkung der Bürgergesellschaft. www.akademie.kljb.org.

8.3 Heimvolkshochschule "Alte Molkerei Frille"

Gestaltungskompetenz erfahrbar zu machen und Orientierung für ethisches Handeln zu entwickeln, ist die Vision der Heimvolkshochschule "Alte Molkerei Frille" in Petershagen. Sie präsentiert eine vielfältige Angebotspalette von beruflicher Fortbildung im gesellschaftspolitischen Sektor bis hin zur integralen Bildung, verstanden als Kombination aus äußerer Realität und inneren Einsichten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Gender-Mainstreaming-Debatte. Dies spiegelt sich in der Weiterbildungsreihe "Genderkompetenz in Pädagogik und Bildung" wider. www.hvhs-frille.de.

8.4 Jugendhof Vlotho

Der Jugendhof Vlotho ist eine Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Das Projekt: eine Tagung zum Jugend- und Schüleraustausch, Städte- oder Schulpartnerschaften mit arabischen Ländern.

In Zusammenarbeit mit dem AKE-Bildungswerk und der Volkshochschule im Kreis Herford veranstaltet der Jugendhof Vlotho vom 19. bis 21.11.2004 die 11. Vlothoer Tagung zum deutsch-arabischen Dialog und zum deutsch-arabischen Jugendaustausch.

„Das Misstrauen gegenüber allem, was mit Islam zu tun hat – bis zur Islamophobie – ist spätestens seit dem 11. September 2001 ein Problem, mit dem wir uns in Deutschland auseinandersetzen müssen. So wird sich der Kongress mit den mannigfaltigen Formen von Gewalt und Terrorismus im Nahen Osten, Antisemitismus und der Abgrenzung Deutschlands dazu auseinandersetzen. Ziel wird das Erarbeiten von neuen Formen eines Zusammenlebens unterschiedlicher Menschen, insbesondere von Muslimen und Nichtmuslimen in unserer Gesellschaft sein.“ (Auszug aus der Ausschreibung)

Die Vlothoer Tagung hat eine Tradition seit 1993 und wird, wie auch das Projekt "beraberce-gemeinsam" von entimon "Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus" gefördert. Einmal jährlich treffen sich seither Mitarbeitende aus unterschiedlichen Bereichen der Jugendarbeit, aus Verbänden, Initiativgruppen und anderen Interessierten. www.jugendhofvlotho.de.

8.5 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)/Bonn

Das Projekt: "Treffpunkt Ethik" . In Zusammenarbeit mit dem Institut für Bildung und Medien e.V. der Gesellschaft für Pädagogik und Information in Berlin und der Katholischen Erwachsenenbildung im Land Niedersachsen e.V. in Hannover hat die KBE das Projekt: "Treffpunkt Ethik" initiiert. Ziel ist es, angesichts des wachsenden Dialogbedarfs an ethischen Verständigungsprozessen eine Plattform anzubieten, die neben den tradierten Formaten auch die internetgestützte Kommunikation einbezieht. Acht Projektstandorte sind über ganz Deutschland verteilt. Zumeist sind es katholische Trägerorganisationen, die sich an der Umsetzung des Projekts beteiligen. Sie bieten Austauschforen über aktuelle ethische Themenkomplexe in Form von Seminaren und virtuell auf der Website an. www.treffpunkt-ethik.de.

8.6 Thomas-Morus-Akademie Bensberg

Das Projekt: „beraberce – gemeinsam“. Schulen und Universitäten in Deutschland sind längst multikulturelle Orte. Dieses interkulturelle Potenzial wird nach Meinung von "beraberce - gemeinsam", dem Forum für interkulturelles Lernen, jedoch viel zu wenig genutzt. Das Projekt der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg bietet deshalb pro Halbjahr rund fünf Seminare an, in denen sich junge Menschen engagieren und so zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren interkulturellen Lernens in ihrem sozialen Umfeld ausgebildet werden können.

Die Teilnehmenden unterschiedlicher Herkunft behandeln bei diesen Modellseminaren gemeinsam aktuelle politische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Themen in Gesprächen miteinander und im Dialog mit Fachleuten. Dem Projekt ist ein Arbeitskreis ehrenamtlich engagierter Studierender angeschlossen, die innerhalb eines "Training on the job" auf die aktive Mitgestaltung der Programmentwicklung und der Seminarleitung ausgebildet werden. Einzelne Fachkonferenzen für Interessierte und Kooperationsangebote für Aktionen interkulturellen Lernens an Universitäten und Schulen stehen im Programm von "beraberce - gemeinsam".

Das Projekt wird durch das Bundesinnenministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus gefördert. www.tma-bensberg.de/beraberce .

9. Die Ergebnisse

Nach dem Beitrag von Rainer Laux setzte sich die größte Gruppe der Teilnehmenden zum Thema "Macht Fernsehen Politik" zusammen. Sie diskutierte, inwiefern und wie das Fernsehen als Plattform für politische Bildung geeignet ist, welche Risiken bzw. Chancen ein solches Vorhaben birgt und welche mögliche Rolle der politischen Bildung in diesem Kontext zukommen könnte. Zentrale Fragen waren:

- Darf oder soll politische Bildung dabei kooperieren?
- Überwiegen die Risiken oder die Chancen?
- Ist es zulässig, im Laborversuch Realität zu erschaffen, und kann oder soll eine solche Realität gesteuert werden?
- Widerspricht ein solches Experiment nicht den demokratischen Prinzipien?
- Wie begegnet man den Begehrlichkeiten oder der Gefahr der Unterwanderung durch andere Parteien?
- Könnte die politische Bildung in regionalen Angeboten junge Menschen auf das Casting vorbereiten?

- Sind die derzeitige Demokratieverdrossenheit und die Parteienverdrossenheit Grund genug, ein solches Experiment zu wagen?
- Wie organisiert sich eine bundesweite Partei ohne lokale Organisationsstrukturen?
- Ist es nicht eine Chance der politischen Bildung, die entstehende Struktur und den gesellschaftlichen Impuls zu begleiten?

Eine zweite Gruppe richtete den Blick auf die "Elementarisierung im Bereich der politischen Bildung". Elementarisierung könnte zum Schlüssel der Vermittlung von Politik durch die politische Bildung werden. Als drei Etappenziele zur Umsetzung dieses Projektes wurden: die Festlegung von Kernthemen, die Auswahl vereinfachter Methoden und die Ansprache bildungsferner Milieus benannt. Siegfried Schiele, ehemaliger Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, erklärte seine Bereitschaft, für Durchführung zu sorgen und konkrete Projekte zu begleiten.

Die "Frage des neuen Menschen" beschäftigte eine dritte Gruppe um Wolfgang Beer, stellvertretender Vorsitzender des bap. Die einleitenden Vorträge von Christian Hoppe, Leo A. Nefiodow hatten den Anstoß gegeben, diese Projektidee weiterzuentwickeln. Die Gruppe möchte eine grundlegende Sachanalyse vornehmen und vor allem die Interessen der möglichen Rezipienten identifizieren. Mit Hilfe von Konzepten für unterschiedliche Dialogformen sollen neue Veranstaltungsformate entwickelt und umgesetzt werden.

Rüdiger Stanke, Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg, plant, eine "strategisch politische Arbeit auf Landesebene" zu initiieren. Er möchte die Länder vernetzen, Lobbyarbeit leisten und Profis für die Pressearbeit einsetzen, um langfristig eine Basis für eine gemeinsame politische Bildung zu schaffen, in der alle voneinander profitieren.

Aus der Gesamtzahl der in Paderborn erarbeiteten Ideen kristallisieren sich die folgenden Anregungen zur Weiterentwicklung und zukünftigen Positionierung der politischen Bildung als besonders relevant heraus:

1) **Reform der Förderrichtlinien**

Ziel: Entbürokratisierung; Controlling Träger statt Maßnahme u.a.

2) **Elementarisierung der politischen Bildung**

Ziel: Politische Grundbegriffe effizient vermitteln; größere Adressatennähe; lebensbegleitend; Weiterentwicklung entspr. Arbeitshilfen. - Kooperationspartner: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, KVHS Lich, Bundesausschuss Politische Bildung/bap, Türkischer Bund Berlin-Brandenburg/TBB, Türkische Gemeinde Deutschlands//TGD.

3) **Maßnahme zur Thematik „Der neue Mensch?“**

Ziel: Thematisierung der Wissenschaftsbereiche Biotechnologie, Gehirnforschung, Nanotechnologie, Softwaretechnologie u. ihre Auswirkungen auf das Menschenbild; Zusammenspiel der vier Disziplinen; Konzeptionelle Formate politischer Bildung; cross-media-Konzepte u.a.

4) **Maßnahme zur Thematik „UN-Dekade der Nachhaltigkeit“**

Ziel: Eigene Beiträge der politischen Bildung zu dieser Kampagne.

5) **Dozentenfortbildung**

Ziel: Intensivierung der Fort- und Weiterbildung politischer Bildner/innen, insbes. Methodentrainings.

6) **Marketing (Presse, ÖA, Leitbild, CD, Produkte)**

Ziel: Werbekonzept Länder; Strategie ggü. Politik, Marketing der Träger.

7) **Migration/Integration**

Ziel: Integriertes Gesamtkonzept; Adressaten in allen Communities; keine Sonderpädagogik (Integration und Migration als Querschnittsaufgabe).

8) **Gründung einer Erstwählerpartei (Endemol)**

Ziel: Promotion jugendpolitischer Themen. – Ggf. flankierende Maßnahmen der politischen Bildung: kritische Begleitung dieses medialen Ereignisses, Thematisierung der Bereiche Partizipation, Parteienstaat, TV als Faktor öffentlicher Meinungsbildung.

9) **Neue Bildungskonzeption**

Ziel: Ausprägung der humanistischen Bildung („Kontexte verstehen lernen“); Renaissance der Bildung; Verknüpfung von allgemeiner, kultureller, beruflicher und politischer Bildung.

10. Evaluation

An der Veranstaltung haben rund 240 Personen teilgenommen, darunter 193 Multiplikator/innen der politischen Bildung. Mehr als die Hälfte waren Frauen und mehr als 70 Prozent über 35 Jahre. Der Migrantenanteil bei den Anwesenden lag bei 9,2 Prozent. Mehr als 55 Prozent der Teilnehmenden sind im Bereich Schule oder Erwachsenenbildung tätig. 84 Prozent der TN beurteilten die Qualität der Vorträge als sehr gut oder gut. Ebenso viele beurteilten die Möglichkeit der aktiven Teilnahme an der Veranstaltung als sehr gut oder gut. 71 Prozent der Anwesenden gaben an einen direkten persönlichen Nutzen von der Veranstaltung zu haben. Knapp 80 Prozent der TN fühlen sich durch die Veranstaltung motiviert sich weiter mit dem Thema „Zukunft der politischen Bildung“ zu befassen. Gefragt nach den gelungensten Bausteinen der Veranstaltung, lagen das Angebot an den unterschiedlichen Veranstaltungsformaten teilzunehmen weit vorne, gefolgt von den Visionen 2020 am ersten Tag der Veranstaltung.

Statistische Angaben zur Teilnehmerstruktur gemäß IVS³

Geschlecht:

Weiblich	52,85 %
Männlich	47,15 %

Alter

Jünger als 18 Jahre	4,32%
18 bis 24	6,79%
25 bis 34	18,25%
35 bis 49	30,86%
50 bis 64	38,89%
65 und älter	0,62%

Damit sind weniger als 30 Prozent unter 34 Jahren.

(Haupt-)Tätigkeit (Befragung 4.11.04)

Politik	4,22 %
Erwachsenenbildung	39,16 %
Medien/Journalismus	7,83 %
Verwaltung/Management	7,23 %
Uni/Forschung	7,83 %
Familienarbeit	2,41 %
Ehrenamt	2,41 %
Eigene Ausbildung	4,82 %
Sonstiges	24,10 %

Die Angaben unter Sonstiges sind überdurchschnittlich hoch, da die Veranstalter versäumt hatten, Lehrer/innen und den Bereich Jugendbildung aufzuführen. Dieses wurde nachgeholt am Samstag, den 6.11.04. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt ca. 30 Prozent der TN bereits abgereist.

(Haupt-)Tätigkeit (Befragung 6.11.04)

Politik	4,27 %
Erwachsenenbildung	31,62 %
Jugendbildung	7,69 %
Medien/Journalismus	7,69 %
Verwaltung/Management	4,27 %
Uni/Forschung	3,42 %

³ Die Zahlen gehen auf die Befragung vom 4.11.04 zurück. Ausnahmen sind mit Anmerkungen versehen.

Schule	25,64 %
Familienarbeit	0,85 %
Ehrenamt	2,56 %
Eigene Ausbildung	5,13 %
sonstiges	6,84 %

Mehr als ca. 55 Prozent der Teilnehmer/innen sind demnach im Bereich Schule oder Erwachsenenbildung tätig.

Ehrenamtliche Tätigkeit

politisch	19,16 %
parteipolitisch	6,54 %
Kulturell	15,42 %
Sozial	13,32 %
Multikulturell	7,94 %
Kirchlich, Religionsgemeinschaft	8,18 %
Gewerkschaftlich	5,14 %
ökologisch	4,21 %
Sonstiges	8,41 %
Nicht ehrenamtlich tätig	11,68 %

◆ Ergebnisse der Evaluationsbögen

Die Antwortmöglichkeiten bei den Evaluationsbögen beschränkten sich auf ++ / + / - / --, hier klassifiziert als sehr gut / gut / befriedigend / schlecht. Insgesamt sind 91 Evaluationsbögen ausgefüllt worden. Dies entspricht einer Rückläuferquote von 76,47 Prozent. (Am Samstag Vormittag, an dem die Bögen ausgegeben wurden, waren laut IVS Zählung 119 Personen anwesend.)

Wie beurteilen Sie die Qualität der Vorträge/Präsentation?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	18,39 %	16
Gut	66,67 %	58
Befriedigend	13,79 %	12
Schlecht	1,15 %	1

Sind die verschiedenen Positionen zum Thema angemessen dargestellt?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	8,24 %	7
Gut	61,18 %	52
Befriedigend	27,06 %	13
Schlecht	3,53 %	3

Standen die Vorträge/Präsentationen in angemessenem Bezug zu den aktuellen politisch-gesellschaftlichen Fragestellungen?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	18,6 %	16
Gut	44,19 %	38
Befriedigend	32,56 %	28
Schlecht	4,65 %	4

Wurden die Geschlechterperspektiven in den Vorträge/Präsentationen angemessenem berücksichtigt?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	26,74 %	23
Gut	51,16 %	44
Befriedigend	16,28 %	14
Schlecht	5,81 %	5

Wie beurteilen Sie Ihre Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Veranstaltung?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	37,78 %	34
Gut	45,56 %	41
Befriedigend	15,56 %	14
Schlecht	1,11 %	1

Konnten Sie Ihr Verständnis für politische Zusammenhänge erweitern?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	10,34 %	9
Gut	50,57 %	44
Befriedigend	25,29 %	22
Schlecht	13,8 %	12

Motiviert Sie die Veranstaltung, sich weiter mit dem Thema zu befassen?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	26,67 %	24
Gut	53,33 %	48
Befriedigend	18,89 %	17
Schlecht	1,11 %	1

Motiviert Sie die Veranstaltung zu gesellschaftspolitischem Engagement?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	12,50 %	11
Gut	43,18 %	38
Befriedigend	35,23 %	31
Schlecht	9,09 %	8

Wie gut war die Werbung für die Veranstaltung?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	13,64 %	12
Gut	52,27 %	46
Befriedigend	30,68 %	27
Schlecht	3,41 %	3

Wie beurteilen Sie die organisatorische Durchführung der Veranstaltung?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	47,25 %	43
Gut	45,05%	41
Befriedigend	6,59%	6
Schlecht	1,11%	1

Betrachten Sie die Höhe des Tagungsentgeltes als angemessen?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	51,72 %	45
Gut	44,83 %	39
Befriedigend	2,29 %	62
Schlecht	1,15 %	1

Wie hoch ist Ihr persönlicher Nutzen aus der Veranstaltung?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	19,78 %	18
Gut	51,65 %	47
Befriedigend	24,18 %	22
Schlecht	4,40 %	4

Werden Sie die Veranstaltung weiterempfehlen?

Bewertung	In Prozent	Absolute Zahlen
Sehr gut	27,27 %	24
Gut	53,41 %	47
Befriedigend	11,36 %	10
Schlecht	7,95 %	7

